

Mittwoch 22.02.89

Courage

No 14



SELBSTDARSTELLUNG HELMUT BÖHME

Ich, Helmut Böhme, von Gottes Gnaden Professor und Doktor der Philologie, desweiteren von liberalen Engelschören zum Präsidenten der Technischen Hochschule gekürt, muß leider feststellen, daß ich in den verschiedenen technischen Fachbereichen eigentlich nichts zu sagen habe.

Nun liegt auf der Hand, daß ich in den wenigen Fachbereichen, in denen ich noch etwas zu sagen habe, weil dort die ProfessorInnen und wissenschaftlichen MitarbeiterInnen schon aus Angst vor Stellenstreichungen zittern, ich dies nach intensiven Überlegungen und in Anbetracht der gegebenen Tatsachen, einfach nutzen werde um nicht zuletzt endlich auch mal meine Meinung und Vorstellung dieser Universität durchzudrücken. So habe ich mich natürlich entschlossen die für diese Hochschule doch so unattraktive und wenig Prestige bringende GewerbelehrerInnen-Studiengänge durch eine Fehlbesetzung im Berufspädagogik Institut endgültig zu ruinieren. Mir liegt an Managerschulung, neuer Attraktivität des Instituts, gemeinsam mit meinen liberalen Kollegen im Urwald und Wiesbaden, Anbindung an die Industrie, die freie Marktwirtschaft.....

Aber: "Ich damals-68-in Hamburg-im AstA" sag ich den StudentInnen mit rührseeligen Augen und die StudentInnen verlassen mein Büro, voller Freude über ihren StudentInnennahen Präsidenten und spüren erst ein 1/2 Jahr später den Schmerz des Messers in ihrem Rücken.

Zur Klärung der Fakten: Im Institut für Berufspädagogik ist eine C 4-Professur ausgeschrieben und durch den Senat genehmigt worden. Im Nachhinein hat sich unser König von Gottes Gnaden entschlossen, daß diese Berufung, die jetzt schon in der Phase der engeren Auswahl ist, sich doch bitte an seinen Entwurf des Instituts zu halten hat und ein Kandidat in die engere Auswahl kommen soll, der mit der Ausbildung von LehrerInnen nichts am Hut, geschweige denn irgend etwas im Kopf hat.

Resume: Lieber Böhme, ich empfehle dir, dich doch gefälligst mit den Thematiken zu beschäftigen in denen du auch kompetent bist. (Wo immer die auch liegen mö-

gen). Meiner Vorstellung von Gruppenuniversität entspricht in keinster Weise die Art und Weise deiner Politik, die weder Transparenz, noch Diskussion zuläßt, sondern mit Hilfe von "Hintenrum-Proporz" Interessen durchsetzt.

KRITISCHE GEDANKEN ZU DEN AKTIONSTAGEN

AM FB 20 (INFORMATIK)

Wenn ich mir so ansehe, wie die Streiks in den Medien dargestellt wurden und wie ProfessorInnen und Hochschulleitung auf unsere Forderungen reagieren, stelle ich fest, daß die Geldforderungen im Vordergrund zu stehen scheinen. Den Profs passte der Streik sogar ganz gut in den Kram, weil er öffentlichkeitswirksam ihre eigenen Geldforderungen unterstützt. Präsident Böhme erklärte uns selber, er habe schon jahrelang um die Erlaubnis, zusätzliche Räume anzumieten und um mehr Geld für die Lehre gebeten, erst jetzt habe man ihm grünes Licht gegeben.

Wir ermöglichen also unseren ProfessorInnen, etwas zu bekommen, das sie auf alle Fälle haben wollen (nämlich Geld), wir ziehen ihren Karren, und wenn sie geschickt sind, können sie uns (und unseren Aufstand) lenken und benutzen. Andere, interne und hochschulpolitische Forderungen werden "vorerst" zurückgestellt oder es wird erst gar nicht auf sie eingegangen (Im FBR 20 wurden erst die externen (Geld)Forderungen diskutiert, als die internen schließlich dran waren, begann der Exodus der Professoren). Ganz klar gesagt, sehe ich die Gefahr, daß man uns "ein Bonbon reinschiebt" (Notlastprogramm etc.), um dann sagen zu können: "Was wollt ihr denn noch, ihr habt doch, was ihr wolltet!". Viele derjenigen, die wegen schlechter Studienbedingungen mitgestreikt haben, werden ihre Forderungen erfüllt sehen, somit ist unserem Protest die (öffentlichkeitswirksame) Spitze genommen.

Solange studentische Mitbestimmung aber so aussieht, wie jetzt, besteht die Möglichkeit, in den nächsten paar Jahren das, was wir jetzt intern erkämpfen und verändern, langsam wieder zurückzuschrauben. Wie diese Hochschule uns zur Unselbständigkeit erzieht, haben wir an unseren internen Problemen während der Aktionstage gemerkt. Studienordnung, was geschieht mit dem Geld, Berufung neuer ProfessorInnen, Einsatz von Drittmitteln, all dies liegt noch immer in der Allmacht der Profs, die über die Köpfe von StudentInnen und MitarbeiterInnen hinweg alles entscheiden können. Zudem sollen offenbar nur BWL und einige Ingenieursstudiengänge vom Notlastprogramm profitieren. Die Verwertbarkeitsideologie, die den Geistes- und Gesellschaftswissenschaften keinen eigenständigen Sinn und Platz innerhalb der Hochschule zugesteht, siegt also, (vielleicht gerade durch unseren Protest). Und der Einfluß der (jetzt der Lehre) spendenden Industrie wächst eventuell sogar.

Gerade bei uns in der Informatik haben wir uns während unserer Aktionstage viel mit den Geldforderungen für die Lehre beschäftigt oder uns im Gespräch mit FBR und Präsident darauf einschränken lassen, was dazu führte, daß wir uns auch fast nur damit intensiv befassten. Und dann dauernd die Angst, wegen weitergehender Forderungen die konkreten nicht durchzukriegen, die Angst, unrealistische Forderungen zu stellen, alles konkret machen zu müssen um konkrete Ergebnisse zu haben, wodurch vieles sich eben auf Geldforderungen und ein paar Änderungen im Stundenplan reduzierte, weil alles andere ja eh unrealistisch ist. Der Streik als Karrikatur des Verwertbarkeitsdenkens? Nur solche Forderungen stellen, die sich auf direktem, sichtbarem

Wege verwirklichen lassen, nur über solche Probleme nachdenken, für die eine sofortige Lösung erkennbar ist? Da passt auch ein Zitat von Marcuse: "Das Traurige an unserer Zeit ist nicht, was sie nicht erreicht, sondern was sie nicht versucht."

Ganz sinnlos ist auch das Entwickeln von Utopien (die Hochschule als Ort der Bildung) nicht, denn nur durch den Vergleich mit ihnen kann man die Realität immer wieder bewerten, Alternativen entwickeln und Einzelforderungen in ein Gesamtkonzept einfügen. Und nur wenn ich weiß, wo ich hinwill, kann ich meinen Weg dorthin planen und feststellen, ob ich mich verirrt habe.

Solange wir selber uns so auf die Geldforderungen konzentrieren, wird auch die Öffentlichkeit wenig darüber erfahren wo uns sonst noch der Schuh drückt. Und dann fehlt auch der politische Druck, etwa das HRG, HHG etc. zu ändern. Und weiter: die Profs unterstützen die Geldforderungen nur, weil sie auch in ihrem Interesse sind, können wir nicht auch von ihnen fordern (selber etwas zu tun)?

Eva Hornecker





Studieren -
eine Ochsentour für Ochsen?

Noch nicht einmal das Abitur in der Tasche habend, wollte ich studieren. Studieren, nicht um etwas zu werden, sondern um jemand zu sein. Um Zeit zu haben. Zeit für mich und die Dinge, die mir wichtig scheinen. Zeit, um zu wissen, wo ich stehe, wohin ich will und wie ich dorthin komme. Zeit!

Kaum war es dann soweit, raubte mensch mir schon in der O-Phase sämtliche Illusionen: Lehr- und Lernformen, Durchfallquoten, Leistungsdruck. Ich selbst noch völlig unbedarft, dachte mir irgendwie wird das schon klappen, ich bin schon soweit gekommen, dann werde ich es auch weiter schaffen. Und schon in den ersten Klausuren ward mit klar, daß Studieren eine ganz neue Qualität innehatte. Noch rutschte ich irgendwie durch, doch das Ende war irgendwie schon erahnbar, absehbar wäre es wohl auch gewesen, hätte ich die Möglichkeit gehabt, aufsehen zu können. Doch immer nur auf meine eigenen Fußspitzen fixiert, peinlichst darauf achtend, daß ich nicht stolpere, war ich nicht in der Lage weiterzusehen, mir einen Überblick zu verschaffen, oder auch nur auf meineN NachbarIn zu achten. Ich hätte - und das beweist der Streik - die gleichen Probleme entdecken können, wie bei mir. So aber mußte ich meinen Blickwinkel einschränken, meinen Horizont verkleinern, mich immer nur noch um das naheliegenste kümmern. Mein Terminkalender bestimmte sich aus mehr oder weniger kurzen Intervallen zwischen Klausuren. Wichtigen Klausuren. Klausuren, die ich bestehen wollte, mußte und doch nicht konnte. Oft lag es nur an Kleinigkeiten, entweder daß ich den Stoff nicht in seinem Gesamtzusammenhang sehen, dadurch Widersprüche entdecken und klären hätte können, oder daß einfach irgendetwas - oh Tücke der freien Rede - von vorne falsch, oder mißverständlich rüberkam, oder... Tja, und hatte ich dann 'mal wieder eine Klausur bestanden, hieß das nicht, daß ich den Stoff zukünftig begreifen würde, hatte ich ihn doch zumeist nach weiteren drei Wochen so gut wie vollständig vergessen.

Und dann diese Unverschämtheiten von Profs, die mir sehr schnell deutlich machten, wer wes Geistes Kind ist: war doch auf einer Klausur, die ich im sechsten Semester zum dritten mal schrieb meine Semesterzahl rot umkreist. Was Hänschen nicht lernt, lernt Hans nimmermehr! Eines habe ich gelernt, Zynismen, Frust und offene Aggression. Oder unsachliche Kommentare "Sie können kein Pascal!" und nur, weil ich auf eine Spitzfindigkeit seiner Göttlichkeit nicht gekommen bin. Pah!

Dies sind alles nur Symptome für ein Denken, das die StudentInnen nur als Überlastquote begreift, die es zu dezimieren gilt. Und willst Du nicht, daß Deine NachbarIn geht, gehst halt Du! Ich bin keine Zahl! Ich will mich nicht dezimieren lassen! Und ich will uns nicht gegeneinander ausspielen lassen! Ich nicht!

EIN WOCHENENDE MIT FHLERINNEN

Wie in der Courage Nr. 13 angekündigt fand vom 17.2 - 19.2 ein "interhochschuläres" Treffen statt. Die THD war immerhin mit mindestens 2(zwei) StudentInnen vertreten(die EFH garnicht). Nach anfänglichen Schwierigkeiten bei der Einigung, was an dem Wochenende eigentlich Thema sein soll - ob Koordination, Strategie oder Inhalt - gab es äußerst fruchtbare Arbeitsgruppen. Die Themen waren:

*Hochschule

*Rassismus/Sexismus

*feministische Wissenschaftskritik

Bei gemeinsamer Arbeit und gemeinsamen Essen kamen auch viele gemeinsame Probleme zur Sprache. Die Hochschulpolitik in diesem unserem Lande betrifft uns alle gleichermaßen. Sowohl in der FH als auch in der TH werden wir zu funktionierenden und anpassungsfähigen WissenschaftlerInnen ausgebildet, von BILDUNG ist weit und breit nichts zu sehen. Sowohl in der TH als auch in der FH hat mann nicht begriffen, was feministische Wissenschaftskritik bedeutet und welche Chance sie bietet. An beiden Hochschulen gibt es Träume von einer idealen Uni, Träume von selbstbestimmten und gleichberechtigten Lernen. Wenn jede und jeder Einzelne vor sich hin protestiert werden wir NICHTS erreichen, wenn wir zusammenarbeiten haben wir die Chance, alles zu verändern.

Die Courage erscheint immer Dienstags

Die Courage, die am Dienstag 11.4.89 hier in Darmstadt herauskommen soll erscheint ausnahmsweise an - in der Nordsee,- irgendwo auf einer Insel zwischen Norderney und Sylt. Alle die in dieser Woche eine Courage haben wollen,- können sie sich dort abholen, es gibt nämlich eine interdisziplinäre Nordseebesetzung.

Reif für die Insel ?

- Wer : Alle Inselerfahrenen streikgeschädigten StudentInnen sämtlicher Unis
- Wo : auf den Inseln der Nordsee (Just bis Sylt) in noch anzumietenden Häusern (größere Gruppen pro Insel, müßt ihr alles selbst organisieren wir sehen uns dann)
- Wann : 9. - 14. April
- Wer bezahlt : jeder selbst
- Warum : Luft schnappen im Abseits des Streikalltags gemeinsame, zeitgleiche Aktionen, "Flaschenpostdemo, Mahnfeuer, Spaziergänge zum Watt, zum Rathaus"
Abschlußfest an der Hamburger Uni etc.

Infos inhaltlich:

Berlin Stefan 030 / 25 16 86 9 oder
Darmstadt Otmar 06151 / 66 18 07

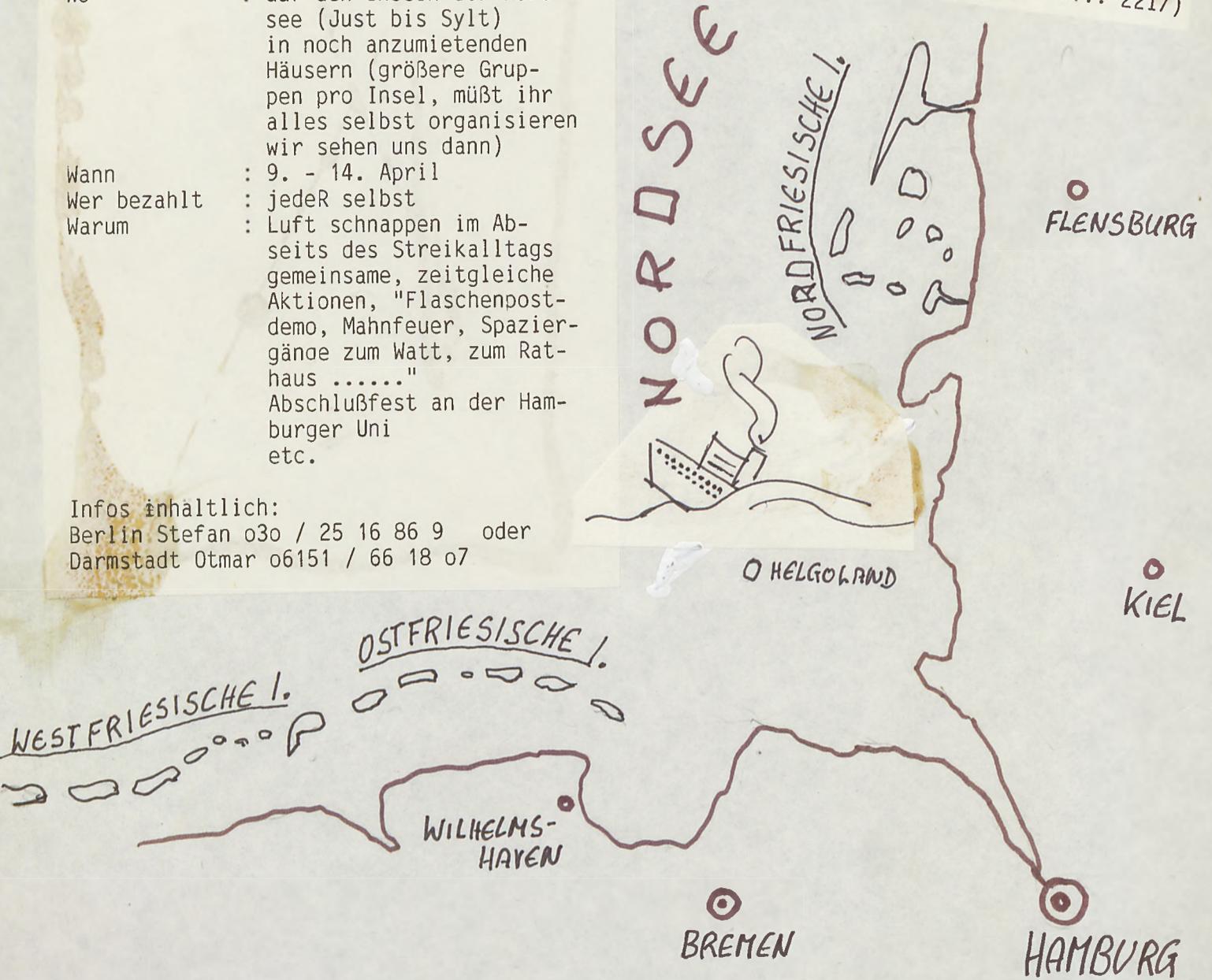
Courage also immer Dienstags auch in den Semesterferien!!

Redaktionssitzung immer Do 17⁰⁰
Mo 17⁰⁰

Courage wird auch weiterhin wichtig sein, um mit AG- und Veranstaltungsterminen und den neuesten Informationen von - und über die Hochschule hinaus - auf dem Laufenden zu sein.

Informiert Euch und uns, damit nix und niemans einschläft!

IMPRESSUM: fällt heut' aus.
(Siehe C*13 oder Tel.: 2217)



Autonomie und/oder Institutionalisation ?

Am Montag hat sich erstmals eine Arbeitsgruppe getroffen, die sich mit dem Problem 'Institutionalisierung der autonomen Seminare?' befasst.

Wir wollen mit VertreterInnen möglichst aller ASE und Fachbereiche diskutieren, in welcher Form wir selbstbestimmtes studentisches Arbeiten weiterführen können. Im Mittelpunkt steht dabei der Gedanke, ein gemeinsames Konzept zu erarbeiten, um zu verhindern, daß jedes AS kleinteilig vorsichhin-wurstelt und wir Gefahr laufen, gegeneinander ausgespielt zu werden.

Wichtig ist deshalb vor allem, daß sich Leute aus den technischen und naturwissenschaftlichen FBen an der Diskussion beteiligen, da deren Studienordnungen typischerweise noch weniger Raum für selbstbestimmtes Arbeiten lassen, als die is-tes- und Gesellschaftswi. af-ten.

Unabhängig von der grundsätzlichen Frage, ob sich Autonomie und Institutionalisation überhaupt vereinbaren lassen, müssen wir als erstes einen wesentlichen Punkt klären (und das am besten bis gestern!):

Wir brauchen Räume, in denen unsere Arbeit überhaupt stattfinden kann.

Außerdem sollten wir versuchen, verschiedene (auch extreme) Szenarien zu entwerfen, wie die ASE dauerhaft laufen können, also z.B.:

- Absolute Institutionalisation mit Schein- und Prüfungsrelevanz (Zwang?) kompensatorisch zum regulären UNI-Betrieb
 - Teilweise Inst. mit Scheinmöglichkeit, parallel zum UNI-Betrieb.
 - Als Konkurrenz und 'Gegenöffentlichkeit' zum etablierten Wissenschaftsbetrieb, Scheine werden abgelehnt, weil sie bereits eine Einschränkung bedeuten.
- usw. usw. →



Um solche oder ähnliche Szenarien ausarbeiten zu können, müssen wir auch unsere Vorstellungen von autonomer Seminar-Arbeit noch weiter konkretisieren.

Punkte wie:

- neue Lernformen
- Ablehnung fachspezifischer Beschränkungen
- generelle Offenheit in den Fragestellungen
- Entwicklung eigener (nicht Prof-strukturierter) Fragestellungen
- Bildung studentischen Selbstbewußtseins
- Wissensvermittlung (müssen ASE besser sein?)
- allgemeine (UNI-)Strukturen und deren Aufbruch
- 'Anerkennung' der AS (Scheine?)

und andere sind am Montag bereits in der Diskussion aufgetaucht und sollen während der nächsten Treffen (in der vorlesungsfreien Zeit) vertieft werden.

Treffpunkt: Mo, 27.2., 10.00h, im Streikcafe im Schloß.

UND NOCHMAL:

Es ist total wichtig, daß auch Leute aus 'Natur und Technik' kommen !!

DIREKTORIUM SOZIOLOGIE

Ausgangspunkt der Diskussion in der gestrigen Direktoriumssitzung Soziologie war der Antrag von seiten der StudentInnen, das Direktorium viertelparitätisch zu besetzen. Die Begründung noch einmal in Stichworten:

- Ziel unseres Studiums sollte u.a. sein, Entscheidungs- und Handlungsfähigkeit zu erlangen. Das heißt auch, eigenverantwortlich und selbstbestimmt handeln zu lernen. Wir sollen lernen, Entscheidungs- und Machtstrukturen zu erkennen und uns mit und in ihnen auseinanderzusetzen. Diese Ziele können wir nur erreichen, wenn wir gleichberechtigt mit den anderen Gruppen an der Selbstverwaltung der Hochschule partizipieren können.
- Die viertelparitätische Besetzung des Direktoriums ist vor allem ein politisches Signal, daß wir die bestehenden undemokratischen Mitbestimmungsver- →

AS: FRAUEN UND WISSENSCHAFT

In unserer Sitzung am Mittwoch haben wir uns über weitere Aktivitäten verständigt.

What's new ?

- 2 -3 Treffen in den Semesterferien
- Blockseminar am 15./16.4 bzw. 22./23.4.
- AS im Sommersemester 89

Inhalte unserer Treffen sollen (können) sein:

- Gremien (Viertelparität), im Hinblick auf Institutionalisierung von feministischer Forschung (also Gelder usw.)
- Verhalten in den Seminaren (Sprache, Strukturen)
- feministische Wissenschafts/kritik

Das AS "Feministische Wissenschaft" wird von den interessierten Frauen gemeinsam vorbereitet. Wobei anzumerken ist, daß wir über das endgültige Thema natürlich noch reden und zusammen entscheiden werden. Unser nächster Termin, wo wir alles weitere besprechen möchten, ist der Mittwoch, 22.2., um 16.00 im Raum 11/185.

SCHLOSSKELLER !!

Ich wurde gerade gebeten doch etwas zu den Neueinstellungen im Schloßkeller zu schreiben.

Also: der Schloßkeller ist ein gewerbliches Referat des AStAs. Wir arbeiten allerdings weitestgehendst autonom.

Der Schloßkeller versucht eine kulturelle Alternative zum Darmstädter Angebot zu bieten, und das zu zivilen Preisen. Das heißt im weiteren, daß versucht wird auch ein breites Spektrum an politischen Veranstaltungen, u.a. zu erfassen. Es mag durchaus hin und wieder zwischen Anspruch und Umsetzung eine Lücke klaffen. Ab und zu liegt es eben am Mangel an Personen, die diesen Anspruch umsetzen.

Aus eben diesem Grund suchen wir im Moment neue Leute, die genügend Engagement, Zeit, Lust und Spaß an der Sache mitbringen, um bei uns einsteigen zu wollen.

Engagement ist für uns deshalb so wichtig, da die Bezahlung nicht so hoch ist, daß jemand sich bei uns eine "goldene Nase" verdienen kann.

Ab dem Moment der Einstellung besteht die Möglichkeit (und sollte auch genutzt werden) sich an der inhaltlichen Arbeit, z.B. der Mitgestaltung des Programmes zu beteiligen.

Zu der anfallenden Arbeit gehört aber auch Arbeit hinter der Theke und an der Kasse. Des weiteren besteht die Möglichkeit in der Geschäftsführung mit zu arbeiten.

Was das ist, und noch mehr, erfahrt ihr, wenn Ihr zum Einstellungstermin am 27.02. um 17.00 h kommt.

FRAUEN VV WIRD VERLEGT!

Die Frauen VV wird trotz der Ankündigung für den 22.02.1989 nicht stattfinden. Der neue Termin wird in den ersten Wochen des Sommersemesters bekannt gegeben. Während der Semesterferien wird Mittwochs ab 19 Uhr das Plenum im Frauen-Referat des AStA durchgeführt. Eine Zusammenarbeit mit dem AS "Frauen und Wissenschaft" wird von beiden Gruppen ins Auge gefaßt.

Solidarität mit den Memminger Frauen

Die Memminger Hexenprozesse

Memmingen ist seit einiger Zeit Schauplatz von Massenprozessen wegen angeblich illegaler Schwangerschaftsabbrüche. **Gegen 258 Frauen wurden Ermittlungsverfahren eingeleitet.** Ihnen wird vorgeworfen, beim Schwangerschaftsabbruch nicht den rechtlich vorgeschriebenen Instanzenweg (Beratungsstelle, Indikationsstellung) eingehalten zu haben. Sie sind direkt zu Dr. Theissen, dem Arzt ihres Vertrauens gegangen. **137 Frauen sind inzwischen per Strafbefehl verurteilt** – zu Geldstrafen zwischen DM 900 und DM 3200. Gegen den Strafbefehl ist ein Widerspruch möglich. Die wenigsten Frauen wagten jedoch, diesen Widerspruch einzulegen. Die Stimmungsmache gegen Frauen, die abgetrieben haben, zeigt hier schon Wirkung.

Die Reihe der Prozesse in Memmingen ist noch längst nicht abgeschlossen – inzwischen sind auch etliche Männer wegen Beihilfe zum Schwangerschaftsabbruch angeklagt.

Die Urteilsbegründung: Geben Sie das Kind doch zur Adoption frei!

Bisher sind alle Frauen, die Widerspruch eingelegt haben, vom Amtsgericht Memmingen in erster Instanz verurteilt worden. Die Begründung war immer die gleiche: unabhängig davon, wie schwierig oder gar ausweglos die finanzielle und familiäre Situation der Frau war, wurde in allen Fällen vom Gericht behauptet, eine Notlagenindikation liege nicht vor. Den Frauen wurde vorgehalten, sie hätten ja – um eine Abtreibung zu vermeiden – die Schwangerschaft austragen und anschließend das Kind zur Adoption freigeben können. Das heißt, den Frauen wird eine Leihmutterchaft staatlich verordnet.

Damit greift das Amtsgericht Memmingen der bayerischen Staatsregierung vor, die ein Gesetz zur "Adoption als Alternative zum Schwangerschaftsabbruch" plant. Danach soll einer ungewollt Schwangeren bereits in den ersten Schwangerschaftswochen eine staatliche Abnahmegarantie für das zu erwartende Kind gegeben werden. Die Argumentation des Gerichts konsequent zu Ende gedacht, hieße, daß faktisch kaum noch ein legaler Schwangerschaftsabbruch in Bayern möglich wäre.

Sich wehren lohnt sich!

Einen ersten Erfolg haben die Memminger Frauen erreicht: Eine mutige Frau, die an die Öffentlichkeit gegangen ist, und gegen ihre Verurteilung Berufung eingelegt hat, wurde freigesprochen. Der Richter erkannte an, daß sich diese Frau zum Zeitpunkt des Schwangerschaftsabbruchs in einer Notlage befunden hatte. Er erklärte, eine Adoption darf nicht verlangt werden, da sonst die Notlagenindikation im Gesetz insgesamt sinnlos wäre.

Der Schauprozeß gegen Dr. Theissen

Um andere Ärzte und Ärztinnen einzuschüchtern, wird gegen Dr. Theissen ein bislang beispielloser Schauprozeß inszeniert.

Frauen, die kein Aufsehen erregen wollten, und deshalb ihre Verurteilung akzeptiert und die Strafe bezahlt haben, müssen jetzt als Zeuginnen im Prozeß gegen den Arzt über ihre intimsten Bereiche Auskunft geben und ihre Entscheidung für den Schwangerschaftsabbruch rechtfertigen.

Nur eine bayerische Provinzposse?

Die Memminger Prozesse sind nicht nur eine tragische Provinzposse aus Bayern. Sie sind der vorläufige Höhepunkt in einer Reihe von Versuchen, die Möglichkeiten zum legalen Schwangerschaftsabbruch einzuschränken.

Zur Geschichte des §218

Anfang der 70er Jahre gingen Hunderttausende von Frauen auf die Straße, mit der Forderung, den damals geltenden §218 abzuschaffen. Aufgrund dieses Drucks wurde 1974 von der SPD/FDP-Koalition eine Reformierung des §218, die sogenannte "Fristenlösung" beschlossen. Dem **Bundesverfassungsgericht** ging jedoch selbst diese Reform zu weit: Am **25.02.1975** hob es per Mehrheitsentscheidung dieses Gesetz als "nicht verfassungsgemäß" wieder auf und legte in der Urteilsbegründung die Eckpfeiler für das 1976 beschlossene Indikationsmodell fest. In dieser Form ist der §218 bis heute gültig. Die einzige Neuerung hierin war die Notlagenindikation, die die Möglichkeit für einen legalen Schwangerschaftsabbruch offen ließ.

Damit haben sich die meisten Frauen abgefunden, nicht aber die Abtreibungsgegner.

Auf verschiedenen Ebenen versuchten sie von Anfang an, die Möglichkeit legaler Abtreibungen einzuschränken oder gar zu verhindern – und sie tun dies bis heute:

- durch die öffentliche Diffamierung von Frauen, die abgetrieben haben
- durch engstirnige Auslegung der gesetzlichen Regelungen (z.B. Peselli-Urteil in Nürnberg; Kreistagsbeschlüsse, die in Kreiskrankenhäusern Abtreibungen nach Notlagenindikation verbieten)
- durch zusätzliche gesetzliche Bestimmungen auf Länderebene (z.B. baden-württembergisches und bayerisches Beratungsgesetz).

Auftrieb erhielten die Abtreibungsgegner durch die Bonner Wendepolitik, der auch aus anderen Gründen (Arbeitsmarkt, Bundeswehr, Familienorientierung, Förderung der deutschen Embryos) daran gelegen ist, eine selbstbestimmte Entscheidung der Frau, ob bzw. wann sie Kinder will, unmöglich zu machen. Durch ein bundesweites "Beratungsgesetz" sollen "bayerische Verhältnisse" bundesweit eingeführt werden. Legalen Abtreibungstourismus in andere Bundesländer ist dann nicht mehr möglich. Die Frauen müßten illegal ins Ausland oder zum Kurpfuscher.

Vor diesem Hintergrund wurden die Memminger Prozesse erst möglich.

Inzwischen ist auch in anderen Bundesländern die Staatsanwaltschaft aktiv geworden. In Rheinland-Pfalz wurde ein Ermittlungsverfahren gegen Frauen (und einen Arzt) eröffnet. In Frankfurt ermittelt die Staatsanwaltschaft gegen eine Frau, die öffentlich bekannte: "Ich habe abgetrieben".

**So darf es nicht weitergehen!
Damit die Auslegung des §218 nicht ständig verschärft wird, muß er endlich weg!**

Wir fordern:

- Einstellung aller Strafverfahren wegen
- §218/219
- Rücknahme aller bisherigen Verurteilungen
- Keine Beratungsgesetze
- ERSATZLOSE STREICHUNG DES §218

Frauen, wenn wir uns heute nicht wehren, werden wir morgen wieder so leben wie vorgestern!

LESERBRIEF

Der Psychiater-Gerichts "Gutachter"
und Amtsärzte (Gegensatz: der aus
der Kirche ausgetr. Psychiater,
Mitglied der Grünen, Dr. Otto Brink)
sehen die Unordnung in meinen
Räumen als Folge, -Beweis-,
von Geisteskrankheit.

Der A St A, AStA, sollte einen
Ausstellungsraum, haben,
AStA-Avantgarde-Galerie.

Ich erkläre die Unordnung
beim AStA zur Weltelite-
Avantgarde-Kunst !

Ohne diese Unordnung.....
diese Intelligenz nicht möglich !

zur Fascismus-Forschung :
Filme des Fascismus Nazismus



des Surrealismus
aus Film-Lexikon, stark gekürzt,
Bunuel bekennt sich zu
amour fou

zur verrückten, unbedingten, alles
umwerfenden Liebe,
wenn es keine Religionen mehr
gibt, wird die Liebe einfacher

sein als jetzt, in "La Voie Lactee"
1968, wird der Papst von
Anarchisten erschossen,
Bunuel "Ich bin Atheist"
RAF Klar hat 3 Brüder, wieso sind
die legal geblieben -Frage an den
Fb 3 ua.....



*Fascismus
Nazismus*



*schizophrener
Fascismus Nazismus*

*Atenstischer Künstler Bader
Student JH Arch. Fak.*

Erklärung der Angehörigen: Solidarität mit den politischen Gefangenen im Hungerstreik!

Am 1.2.1989 sind die politischen Gefangenen aus RAF und Widerstand in den Hungerstreik getreten. - Inzwischen sind es bereits über 40. Sie kämpfen damit gegen ihre jahrelange Isolation und für ihre Zusammenlegung in große Gruppen.

Helmut Pohl hat für alle gesprochen, wenn er fordert:
SCHLUSS MIT DIESER 18-JAHRE-LANGEN TORTUR!

Was für einige von ihnen bereits so endlos dauert, steht den anderen noch bevor, denn jeder von ihnen wird vom Verhaftungstag an den Folterbedingungen der Isolationshaft unterworfen. Das wollen die Gefangenen nicht länger aushalten, und wir, die Angehörigen, auch nicht. Wir sehen der Zerstörung unserer Kinder, Geschwister, Freunde durch den Staat nicht tatenlos zu: WIR FORDERN, DASS SIE ENDLICH ZUSAMMENGELEGT WERDEN!

Die Propaganda der Bundesanwaltschaft (BAW) hat zu völliger Gleichschaltung von Presse, Funk und Fernsehen geführt. Sie dient dazu, nicht nur die Gefangenen, sondern auch uns Angehörige, unsere Motive und unsere Arbeit falsch darzustellen. Durch Einschüchterung mit dem § 129a soll jede Diskussion abgewürgt oder kriminalisiert werden.

Dennoch kann jeder erfahren, der es wissen will, was Isolationshaft ist und was sie bezwecken soll: die Zerstörung von Geist und Seele, von Denken und Fühlen und die Produktion einer leeren, einflußbereiten Hülle.

Der BAW war klar, daß sie den Hungerstreik nicht unterdrücken und sein Bekanntwerden hier draußen nicht verhindern kann. Deshalb hat sie selbst eine Pressemeldung herausgegeben, allerdings in der bekannten tendenziösen Manier. Unter sorgfältigem Verschweigen der Gründe für die gemeinsame Entscheidung der Gefangenen taucht da die Wortschöpfung von der „kriminellen Terror-RAF“ genauso auf wie der Hinweis, die meisten seien wegen „Kapitalverbrechen in Strafhaft“. Dadurch soll jede Sympathie mit den Gefangenen im Keim erstickt werden. Dabei weiß niemand so gut wie die BAW (außer uns Angehörigen), daß sich 15 Untersuchungsgefangene aus dem Widerstand und 3 soziale Häftlinge dem Hungerstreik angeschlossen haben.

Die Pressemitteilung der BAW war also eindeutig auf Vertuschung und Desinformation angelegt. Das nehmen weder wir noch die Gefangenen länger hin. Wir lassen uns nicht verbieten, für Menschen zu kämpfen, denen wir nahe stehen, auch wenn wir durch Beton und Willkür von ihnen getrennt sind.

Die Angehörigengruppe weiß aus Erfahrung, was jetzt auf sie zukommt. Alles, was sie nun tut, wird die BAW als „Unterstützung“ zu kriminalisieren versuchen. Die Voraussetzung ist bereits geschaffen: gegen alle Gefangenen wurde aufgrund des Hungerstreiks ein Verfahren wegen mitgliedschaftlicher Beteiligung in einer terroristischen Vereinigung eingeleitet.

Sich selbst hat die oberste Anklagebehörde vorsorglich einen Freibrief für bundesweite Fahndungen mit entsprechenden Verhaftungen ausgestellt, indem sie „zu erwartende Attentate“ suggeriert. Alles nach dem bekannten Karlsruher Muster.

Wir lassen unsere Gefangenen nicht im Stich. Kein Gesetz der Welt kann das erreichen. Darüber bestimmen wir ganz allein.

DAS IST EIN TEIL UNSERES KAMPFES!

Angehörige der politischen Gefangenen in der BRD

Postlagerkarte 050205

7500 Karlsruhe
10. Februar 1989

Spendenkonto

O. Becker

Postgiro Berlin

BLZ 10010010

Kontonr. 448630-102

BARTHAHN STRESST ? — STARTBAHN WEST —

STARTBAHN WEST: Prozeßbeginn am Donnerstag, 23. 2. 1989, 9.30 Uhr im
Oberlandesgericht Frankfurt am Main - Saal 165 C
Konrad-Adenauer-Straße 20 - S-Bahn Konstablerwache

Nach über einjährigen "Ermittlungen" gegen das gesamte Spektrum der Startbahngegner im Rhein - Main - Gebiet glaubt General-Bundesanwalt Rebmann Einzelnen den "Mord an zwei Polizeibeamten" am 2. November 1987 nachweisen zu können.

Der ab dem kommenden Donnerstag anstehende Mammut-Prozeß wird im wesentlichen als politischer Prozeß geführt werden: Angeklagt sind insgesamt neun Personen, denen Gründung von und Mitgliedschaft in einer "kriminellen" bzw. "terroristischen Vereinigung" gemäß § 129 und § 129 a Strafgesetzbuch vorgeworfen wird. Eine Anklage nach diesen Paragraphen enthebt die Strafverfolger von der - in einem "Rechtsstaat" eigentlich zwingenden(!) - Notwendigkeit, jedem Beschuldigten KONKRETE Vergehen nachzuweisen. Gemäß höchstgerichtlicher Rechtsprechung ist bei "solchen Angeklagten" deren ablehnende Gesinnung gegenüber den bundesrepublikanischen Herrschaftsverhältnissen hinreichend, um sie "lebenslänglich" hinter Gitter zu bringen.

Anklagen nach den Paragraphen 129 und 129 a stützen sich vornehmlich auf Gesetzesänderungen: Eine "Sachbeschädigung" durch Brandstiftung verwandelt sich durch ein Bekennerschreiben in einen "Brandanschlag" - aus (mindestens) drei vermeintlichen Brandstiftern wird eine "kriminelle Vereinigung".

Seit nach der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl das Absägen von Strommasten zum Volkssport geworden war, wird dieses nun seit 1. Januar 1987 als Aktivität einer "terroristischen Vereinigung" verfolgt.

Daß solche Leute Zivil-Fahndern ihre Waffe einzig zu dem Zweck abnehmen, um damit später Polizisten zu "ermorden", versteht sich in der Logik westdeutscher Ermittlungsbehörden von selbst. Ergebnis solcher 'Ermittlung' ist nun der Vorwurf "Mord" und "Mordversuch" gegen Andreas Eichler und Frank Hoffmann - außer Indizien gibt es allerdings keine Anhaltspunkte dafür.

Der "Mord"-Vorwurf hat aber zweifellos dazu beigetragen, daß viele - auch vermeintlich 'militante' - Startbahngegner trotz einschlägiger Erfahrungen mit der Staatsgewalt zusammenarbeiteten; Geständnisse und Beschuldigungen Dritter verunsicherten die gesamte oppositionelle Bewegung in Rhein-Main!

UNS muß es beim bevorstehenden Prozeß darum gehen POLITISCH klarzumachen, daß die Bundesanwaltschaft NICHTS beweisen kann - und daher auch niemand verurteilt werden darf!

TREFFPUNKT: Ab 6⁰⁰ Mainzer Landstraße 147, 4.Stock - Café & Volksküche.
Ab 8⁰⁰ vor dem OLG - Infotisch etc. - Einlaß ist ab 8³⁰.

Die weiteren Verhandlungstermine sind auf Dienstag und Donnerstag, jeweils um 9³⁰ Uhr festgelegt.

NEUESTE INFOS gibt's während der ganzen Prozeßdauer unter 069/777574



BARTHAHN STRESS ? — STARTBAHN WEST —

STARTBAHN WEST: Prozeßbeginn am Donnerstag, 23. 2. 1989, 9.30 Uhr im
Oberlandesgericht Frankfurt am Main - Saal 165 C
Konrad-Adenauer-Straße 20 - S-Bahn Konstablerwache

Nach über einjährigen "Ermittlungen" gegen das gesamte Spektrum der Startbahngegner im Rhein - Main - Gebiet glaubt General-Bundesanwalt Rebmann Einzelnen den "Mord an zwei Polizeibeamten" am 2. November 1987 nachweisen zu können.

Der ab dem kommenden Donnerstag anstehende Mammut-Prozeß wird im wesentlichen als politischer Prozeß geführt werden: Angeklagt sind insgesamt neun Personen, denen Gründung von und Mitgliedschaft in einer "kriminellen" bzw. "terroristischen Vereinigung" gemäß § 129 und § 129 a Strafgesetzbuch vorgeworfen wird. Eine Anklage nach diesen Paragraphen enthebt die Strafverfolger von der - in einem "Rechtsstaat" eigentlich zwingenden(!) - Notwendigkeit, jedem Beschuldigten KONKRETE Vergehen nachzuweisen. Gemäß höchststrichterlicher Rechtsprechung ist bei "solchen Angeklagten" deren ablehnende Gesinnung gegenüber den bundesrepublikanischen Herrschaftsverhältnissen hinreichend, um sie "lebenslänglich" hinter Gitter zu bringen.

Anklagen nach den Paragraphen 129 und 129 a stützen sich vornehmlich auf Gesetzesänderungen: Eine "Sachbeschädigung" durch Brandstiftung verwandelt sich durch ein Bekennerschreiben in einen "Brandanschlag" - aus (mindestens) drei vermeintlichen Brandstiftern wird eine "kriminelle Vereinigung".

Seit nach der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl das Absägen von Strommasten zum Volkssport geworden war, wird dieses nun seit 1. Januar 1987 als Aktivität einer "terroristischen Vereinigung" verfolgt.

Daß solche Leute Zivil-Fahndern ihre Waffe einzig zu dem Zweck abnehmen, um damit später Polizisten zu "ermorden", versteht sich in der Logik westdeutscher Ermittlungsbehörden von selbst. Ergebnis solcher 'Ermittlung' ist nun der Vorwurf "Mord" und "Mordversuch" gegen Andreas Eichler und Frank Hoffmann - außer Indizien gibt es allerdings keine Anhaltspunkte dafür.

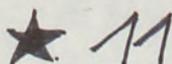
Der "Mord"-Vorwurf hat aber zweifellos dazu beigetragen, daß viele - auch vermeintlich 'militante' - Startbahngegner trotz einschlägiger Erfahrungen mit der Staatsgewalt zusammenarbeiteten; Geständnisse und Beschuldigungen Dritter verunsicherten die gesamte oppositionelle Bewegung in Rhein-Main!

UNS muß es beim bevorstehenden Prozeß darum gehen POLITISCH klarzumachen, daß die Bundesanwaltschaft NICHTS beweisen kann - und daher auch niemand verurteilt werden darf!

TREFFPUNKT: Ab 6⁰⁰ Mainzer Landstraße 147, 4.Stock - Café & Volkküche.
Ab 8⁰⁰ vor dem OLG - Infotisch etc. - Einlaß ist ab 8³⁰.

Die weiteren Verhandlungstermine sind auf Dienstag und Donnerstag, jeweils um 9³⁰ Uhr festgelegt.

NEUESTE INFOS gibt's während der ganzen Prozeßdauer unter 069/777574



TERMINE!!!TERMINE!!!TERMINE!!!TERMINE!!!TERMINE!!!TERMINE!!!TERMINE!!!TERMINE!!!

MITTWOCH: *Vortrag und Diskussion zu "Wirtschaftsmacht in der BRD(am Beispiel der Deutschen Bank), 16.00 UHR, 46/56
*VOLLVERSAMMLUNG FB 15, 16.00 UHR, GROSSER HÖRSAAL/ARCHITEKTURBAU

*Vortrag "Bewertung von technischen Systemen", 16.00 Uhr c.t., 24/266
AS Interdisziplinarität, 18.30 Uhr, 11/100 wöchentlich

DONNERSTAG:

*DIREKTORIUM GERMANISTIK ; HI-WI-RAUM FÜR STUDIS - NA KLAR! 13.00 UHR, RAUM 11/184

*DIREKTORIUM GESCHICHTE, 14.30 UHR, RAUM ?

*DIREKTORIUM POLITIK, THEMA SIEHE SEITE 7, 16.30 UHR, 46/63

*AS Paritätische Mitbestimmung, 10.30 Uhr, Streikcafe im Schloß

*AG Bildung FB 3, 14.00 UHR, Pädagogiginstitut Studizimmer

*FACHBEREICHSRAT FB 3, 17.30 UHR, 11/100

*FEST IM SCHLOSS, 21.00 UHR, MUSIK UND SAUFEN

FREITAG: *AS Abschaffung der Hochschule, 10.00 UHR, Schloß

*AG Germanistik, 10.00 UHR, 11/181

DAS WAR DE LETZTE DACH VON DEM SEMESTER UND VON WEGEN LUFTSCHNAPPE IN DE SEMESTER-FERIE ALLE KRAFT VORAN - DIE VORBEREITUNGEN FÜRS SOMMERSEMESTER LAUFEN!!!!!!!!!!!!!!

SAMSTAG: *DEMONSTRATION GEGEN MEMINGER HEXENJAGD, 12.00 UHR MEMMINGEN/STADTHALLE, ABFAHRT 8.00 UHR, FH SCHÖFFENSTRASSE, KARTENVORVERKAUF: ASTA FH TEL.:311084, ca. 10 DM

*DEMONSTRATION GEGEN AUSLÄNDERINNENFEINDLICHKEIT, 11.00 UHR, BAHNHOF LANGEN, KUNDGEBUNG ALTEN SSG-SPORTPLATZ(ZIMMERSTRASSE)

MONTAG: *ForscherInnenversammlung, Thema "Perspektiven des ZIT", 18.00 Uhr, 46/56

*Courage Redaktionssitzung, 17.00 Uhr, im Asta

Dienstag. *AG Arbeitsplätze / Hütte, 18.00 Uhr, Hütte/Lichtwiese

*AG Drittmittel und Geldflüsse, 20.00 Uhr, 25/06



VIERTELPARITÄT
OPER
AT 10
NAL ISIER
T